

Dr. Inge Gräßle MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### Inge Gräßle (CDU/EVP): **"Wir wollen besseres Haushaltsmanagement ermöglichen"**

Eigene Haushaltszeile soll EU-Zahlungen an Türkei transparenter machen -  
Anträge der EVP-Fraktion für Budget 2007

"Beständigkeit in unseren Politikschwerpunkten mit Konzentration auf Wachstum, ein besseres Haushaltsmanagement und den Kampf gegen den Terror" prägen die Budgetstrategie der EVP für 2007", unterstreicht die stv. haushaltspolitische Sprecherin der EVP-Fraktion im Europaparlament, Inge Gräßle. Rund 60 Änderungsanträge der Fraktion zum Haushalt 2007 wurden vorgelegt, einem wichtigen Haushaltsjahr, dem ersten unter der neuen finanziellen Vorausschau unter den neuen Mehrjahresprogrammen. Einen Teil der Änderungsanträge bezieht sich auf ein besseres Management des Haushalts. "Der Rat hat teilweise lächerliche Beträge bei den Zahlungen vorgesehen und sendet damit selbst das Signal aus, dass die neuen Programme nur zögerlich und verspätet anlaufen sollen. Das können wir nicht akzeptieren", so Gräßle. Gleichzeitig blockiert der Rat die Haushaltsordnung, die Vereinfachungen bei der Abwicklung dieser Programme vorsieht. Deshalb hat die EVP-Fraktion beantragt, 10% der Mittel für Personalstellen des Rats von einer erneuten Genehmigung des Parlaments abhängig zu machen. Im Bereich des Programms "Unternehmerschaft und Innovation" beantragt die EVP für 2007 rund 25 Mio. EURO mehr Zahlungen, für lebenslanges Lernen 90 Mio. genauso wie für die transeuropäischen Verkehrsnetze. Im Forschungsbereich, der neben der Sicherheits- und Weltraumforschung auch Gesundheits- und Nanotechnologie umfasst, sollen 130 Mio. EURO mehr zur Auszahlung bereitstehen. Die höheren Zahlungen erhöhen den deutschen EU-Beitrag nicht. Sie verhindern aber das Entstehen von "Bugwellen", nämlich erst in den Folgejahren abzurufende EU-Mittel.

Mit einer eigenen Haushaltszeile für die Gelder, die an die Türkei gezahlt werden, verlangt die EVP mehr Transparenz und Einblick in die EU-Finanzhilfen an die Türkei sorgen und damit den Verhandlungsfortschritt in Sachen Grund- und Menschenrechte besser steuern zu können. "Bislang sorgt die Kommission durch Intransparenz für die größtmögliche Verwirrung bei den Zahlungen an die Türkei", moniert Gräßle.

Unter Vorbehalt einer erneuten Genehmigung des Parlaments sollen 100 Mio. Euro für Rumänien und Bulgarien gestellt werden. "Von unseren künftigen Mitgliedern erwarten wir, dass sie die Reformen hin zur Umsetzung des Gemeinschaftsrechts weiterhin ernsthaft betreiben. Diesen Prozess wollen wir aufmerksam begleiten". Der Austausch mit anderen Kulturen soll mit mehr Mittel für den interreligiösen Dialog gestützt werden. Mit einem Pilotprojekt soll außerdem der Aufbau einer europäischen Anti-Terrordatei untersucht werden.